



Anke Simon, MdL
Heike Scharfenberger, MdL
Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion

Anke Simon, MdL, Oberstraße 15a, 67065 Ludwigshafen
Heike Scharfenberger, MdL, Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen

Wahlkreisbüro:
67065 Ludwigshafen
Oberstraße 15a
Telefon (0621) 57251330
Telefax (0621) 57251320
wk-buero@anke-simon-spd.de

Wahlkreisbüro:
67059 Ludwigshafen
Maxstraße 65
Telefon 0177 4195 277
Heike.scharfenberger@spd.landtag.rlp.de

Aktuelle Infos aus der SPD-Landtagsfraktion

01.02.2016

Die NS-Zeit muss präsent bleiben

Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus erklärte unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer: „Die deutschen und rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger sollten sich die verbrecherischen Taten während des Dritten Reiches immer wieder vor Augen führen. Mit großer Entschlossenheit ist Tendenzen entgegen zu treten, das damalige zu verklären oder beiseite zu wischen. Informationen und Darstellungen zu der Schreckenszeit von 1933 bis 1945 müssen daher stets auf ein Neues verbreitet werden – beispielsweise durch Ausstellungen wie derzeit im rheinland-pfälzischen Abgeordnetenhaus oder durch Veranstaltungen wie die Sonder-Plenarsitzung in Alzey.“

Schweitzer betonte: „Demokratische Parteien, Verbände, Bürgerinnen und Bürger müssen klar gegen rechte Radikale das Wort erheben und sie als das entlarven, was sie sind: Feinde der offenen Gesellschaft. Sie streben ein Europa, ein Deutschland und ein Rheinland-Pfalz an, welches nicht mehr tolerant und weltoffen wäre, welches seinen Pluralismus und seine Vielfalt verlore. Ein klares Stoppschild muss auch jenen entgegengehalten werden, die meinen, Flüchtlinge dürften nicht willkommen heißen werden. Es ist verantwortungslos und menschenverachtend, dass manche daraufsetzen, durch versteckte Botschaften der Missbilligung oder gar durch Taten des Hasses die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren.“

Bis Ende 2015 wurden in Rheinland-Pfalz 634 rechtsextremistisch motivierte Straftaten registriert, darunter 44 Gewalttaten. Während 2014 nur eine Straftat gegen eine Flüchtlingsunterkunft gezählt wurde, waren es im vergangenen Jahr 24 Taten. „Diese erschreckende und traurige Bilanz weist auch auf ein besorgniserregendes Klima: Offenbar schüren immer mehr Menschen auf offener Bühne Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Diesen Rattenfängern und Radikalen muss Einhalt geboten werden“, ergänzte unser Sprecher zu Rechtsextremismus, Michael Hüttner

Stärkung des Lärmschutzes im Luftverkehr ist überfällig

Auf Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN debattierte der rheinland-pfälzische Landtag in dieser Woche unter der Überschrift „An die Menschen denken, statt Wachstum um jeden Preis: Fluglärm reduzieren, Gesundheit schützen“ über Fluglärm in Mainz und Rheinhessen.

Unser Mainzer Landtagsabgeordneter Johannes Klomann sagte: „Die Menschen in der Landeshauptstadt und dem Umland müssen seit Jahren einen stetig zunehmenden Fluglärm ertragen. Über Mainz und Rheinhessen wirft der Frankfurter Flughafen einen großen Schatten. Nicht akzeptabel ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie ihre politischen Vertreter keine Mitspracherechte bei der Festlegung von Flugrouten und Verfahren haben. Die neue Bundesratsinitiative der Landesregierung, der sich auch Hessen und Baden-Württemberg angeschlossen haben, ist ein richtiger Schritt. Wenn erreicht wird, dass Lärmschutz generell im Luftverkehr stärker gewichtet wird, ist für alle Betroffene viel erreicht. Die Landesregierung ist auch im Kampf gegen den Schienen- und Straßenlärm äußerst aktiv. Die Bundesratsinitiative gegen Fluglärm muss als Baustein einer Anti-Lärm-Strategie verstanden werden.“

Doris Ahnen, unsere Mainzer Landtagsabgeordnete, erklärte: „Spätestens nach den neuesten Studien muss klar sein: Lärm kann physisch und psychisch krank machen. Das gilt insbesondere für den nächtlichen Fluglärm. Deshalb ist der Schutz vor Verkehrslärm eine Maßnahme zum Schutz der Gesundheit der Menschen. Wenn der Gesetzentwurf der Landesregierung eine Mehrheit gefunden hat, haben die stark betroffenen Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz endlich eine klare Handhabe, um sich einzubringen und um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen. Die Menschen verdienen Schutz und Ruhe. Solange dies nicht erreicht ist, wird die SPD-Fraktion nicht aufhören dafür einzutreten.“

Trierer Gericht leistet bei Asylverfahren Herausragendes

Offenbar fordert die CDU, die in Rheinland-Pfalz bewährte Praxis der zentralen Bündelung von Asylverfahren am Verwaltungsgericht Trier abzuschaffen. Dazu erklärte unser rechtspolitischer Sprecher, Heiko Sippel: "Im Rechtsausschuss des Landtags wurde in den vergangenen Monaten mehrfach aufgezeigt, dass die vor wenigen Jahren erfolgte Konzentration der Asylverfahren am Verwaltungsgericht Trier äußerst erfolgreich ist: In Rheinland-Pfalz gibt es im Bundesvergleich die schnellsten Verfahren und somit den effektivsten Rechtsschutz. Vor der Bündelung waren vier Gerichte zuständig; durch die Zentralisierung konnte in Trier eine hohe Spezialisierung der Richterinnen und Richter erreicht werden, die sich der schwierigen Rechtsmaterie intensiv widmen können."

Sippel betont: "Der CDU-Vorschlag geht vollkommen an der Realität vorbei. An diesem Schnellschuss zeigt sich, dass die CDU-Fraktion offenbar nicht das Gespräch mit der Praxis sucht. Es spricht auch Bände, dass Kenner der Materie aus dem Trierer Raum, die ein CDU-Parteibuch haben, nicht mit dem Vorschlag einverstanden sind. Auch sie wissen offenbar: Die CDU-Idee würde zu einer deutlichen Verschlechterung führen."

Starke Grundschulen für Bildungserfolg von Anfang an

„Bereits in der Kindertagesstätte und der Grundschule werden die Weichen für den Bildungserfolg unserer Kinder gestellt. Es ist deshalb genau richtig, dass Rheinland-Pfalz seit Jahren den Kita-Ausbau vorantreibt und kontinuierlich die Bildungsqualität in unseren Grundschulen verbessert“, erklärte unsere bildungspolitische Sprecherin, Bettina Brück, anlässlich der vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) vorgestellten Kampagne „Ein guter GRUND SCHULE zu machen“ und der VBE-Analyse „Grundschulen in Rheinland-Pfalz 2016“.

„Der Erfolg der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik kann sich auch im bundesweiten Vergleich sehen lassen: Bei einer Klassenmesszahl von 24 Kindern gehen im Schuljahr 2014/2015 durchschnittlich 18,3 Schülerinnen und Schüler in eine Klasse - damit hat Rheinland-Pfalz bundesweit mit die kleinsten Klassen. Damit stellen wir sicher, dass jedes Kind von Anfang an die Förderung bekommt, die es benötigt. Zusätzliche Lehrkräfte unterstützen außerdem bei der Umsetzung des inklusiven Unterrichts an unseren Schulen“, erklärte Brück.

Die Kritik des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) an der finanziellen Ausstattung der Grundschulen in Rheinland-Pfalz wies Brück zurück: „Pro Grundschulkind investieren Land und Schulträger im Jahr 5.700 Euro, damit liegt Rheinland-Pfalz deutlich über dem Bundesdurchschnitt.“

ZAHLEN UND FAKTEN

STARKE GRUNDSCHULEN FÜR GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Kleine Klassen

Rheinland-Pfalz hat mit Hamburg bundesweit die kleinsten Grundschulklassen. Die Klassenmesszahl wurde bereits im Schuljahr 2011/2012 auf 24 Kinder pro Klasse gesenkt. Tatsächlich gehen im Schuljahr 2014/2015 durchschnittlich 18,3 Schülerinnen und Schüler in eine Klasse. Damit stellen wir sicher, dass jedes Kind von Anfang an die Förderung bekommt, die es benötigt.

Gute Ausstattung

Das Land und die verschiedenen Schulträger investieren in jedes Grundschulkind jährlich 5.700 Euro – und damit deutlich mehr als der Durchschnitt aller Bundesländer (letzter bundesweiter Durchschnittswert: 5.400 Euro). Die Ausgaben sind damit innerhalb der letzten fünf Jahre um 1.200 Euro gestiegen. Den hohen Stellenwert der Grundschulen zeigt auch die gute Ausstattung mit Lehrkräften – allein in den letzten fünf Jahren wurden 1640 Lehrkräfte dort neu eingestellt. Von den 800 Lehrkräften im Vertretungspool werden allein 310 an den Grundschulen eingesetzt. Die Grundschulen im Land haben daher seit Jahren die besten Werte bei der strukturellen Unterrichtsversorgung unter allen Schularten. Im Schuljahr 2015/2016 liegt der Versorgungsgrad bei 98,6 Prozent.

Verbesserte Rahmenbedingungen

Unsere Landesregierung hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen umgesetzt, um die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Grundschulen zu verbessern. So ist u.a. die Freistellung von Grundschulleitungsmitgliedern erweitert und die Bezahlung der Grundschulleiterinnen und Grundschulleiter angehoben worden. Mit großzügig bemessenen Stundenpools für zusätzliche Fördermaßnahmen sowie zusätzlicher personeller Unterstützung beispielsweise für die Umsetzung inklusiven Unterrichts werden die Grundschulen in ihrer wichtigen Arbeit zusätzlich unterstützt.

Sinnvoller Schriffterwerb

Die Entscheidung über den Einsatz einer bestimmten Methode zum Schreiben-Lernen treffen die Lehrkräfte an unseren Schulen verantwortungsvoll nach pädagogisch-didaktischen Gesichtspunkten. Die in die Kritik geratene Methode „Schreiben nach Gehör“ ist ein umgangssprachliches Synonym für lautorientiertes Schreiben – häufig unter Zuhilfenahme einer Anlauttabelle – und nur eine von vielen didaktischen Optionen zum Schriffterwerb. Diese – in den Grundschulen durchweg positiv bewertete Methode – wird in den meisten unserer Grundschulen aber nur ergänzend zu einer herkömmlichen Fibel angewandt. Nur 16 der 969 rheinland-pfälzischen Grundschulen setzten komplett auf das „Schreiben nach Gehör“. Selbstverständlich soll in Rheinland-Pfalz auch die Schreibschrift erhalten werden.

Wir wünschen Euch eine schöne Woche und ganz herzlichen Dank für die Unterstützung im Wahlkampf

Gruß Heike und Anke